

**Mitteilungsvorlage**

vom 14.11.2018

öffentliche Sitzung

**Eingruppierung von freigestellten Personalratsmitgliedern – Künftiges Verfahren; Antrag der –DIE LINKE– Städteregionstagsfraktion vom 02.10.2018**

**Beratungsreihenfolge**

| Datum      | Gremium  |
|------------|--|
| 14.11.2018 | Ausschuss für Personal und Informationstechnik |

**Sachlage:**

Die der Sitzungsvorlage 2018/0446 irrtümlich nicht beigelegte Anlage wird hiermit nachträglich zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung bittet um Kenntnisnahme.

Im Auftrag:  
gez.: Wirtz

**Anlage:**

Antrag der DIE LINKE– Städteregionstagsfraktion vom 02.10.2018

Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag  
Raum E 188 | Zollernstraße 16 | 52070 Aachen  
Fon: +49241 5198 3305  
Fax: +49241 5198 83305  
Mail: [dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de](mailto:dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de)  
Web: <http://www.dielinke-staedteregionstag.de>  
Facebook: <https://www.facebook.com/linksfraktionstaedteregionaachen/>



Fraktion DIE LINKE | Zollernstraße 16 | 52070 Aachen

Frau von Morandell  
Vorsitzendes des Ausschusses für Personal und  
Informationstechnik

Aachen, den 2. Oktober 2018

**Antrag            Eingruppierung von freigestellten Personalratsmitgliedern – Künftiges Verfahren**

Sehr geehrte Frau von Morandell,

hiermit beantragen wir, das oben angegebene Thema in die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Personal und Informationstechnik am 14. November 2018 aufzunehmen. Dem Ausschuss ist von der Verwaltung darzulegen, nach welchem Verfahren künftig Höhergruppierungen von amtierenden Mitgliedern des Personalrates vorgenommen werden sollen. In diesem Zusammenhang soll über zugrundeliegende gesetzliche Bestimmungen und geltende Gerichtsurteile Auskunft gegeben werden.

**Begründung:**

Es ist wichtig, dass in der Öffentlichkeit nicht der Eindruck verbleibt oder entsteht, dass sich Verwaltung, Politik und Interessenvertretung der städteregionalen Beschäftigten etwas haben zuschulden kommen lassen. Das Vertrauen der Bürgerschaft in ihre VertreterInnen ist für die Kommunalpolitik ein sehr hohes Gut. Neben den Ergebnissen der internen Prüfung ist es daher ratsam, externen Sachverstand aus Justiz und Gewerkschaften für ein weitgehend transparentes Verfahren hinzuzuziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe F. Lühr

Harald Siepmann

Kopien an: Fraktionen – Dezernate – Pressestelle – Fr. Wirtz, A 10  
– Herrn Leyendecker – Frau Dückers, Schriftführerin – Herrn Jonek, A 10.1